

Hintergrund- und Diskussionspapier

Nr. 49 März 2016

ISSN 1439-2011

Kosten der Gewalt

Warum sich Krieg nicht rechnet

Mario Dentice

Herausgeber.
Bund für Soziale Verteidigung
Schwarzer Weg 8
32423 Minden

Hintergrund- und Diskussionspapier Nr. 49
März 2016
ISSN 1439-2011
2,50 Euro
Autor Mario Dentice

Inhaltsverzeichnis

Zum Autor	3
Vorwort des Herausgebers	4
1. Einleitung.....	5
2. Kosten der Gewalt	6
Opportunitätskosten der Gewalt.....	7
Kosten durch die Zerstörung physischen Kapitals.....	8
Kosten durch die Zerstörung von Humankapital	9
Kosten durch die Zerstörung staatlicher Institutionen	10
Folgen für wirtschaftliche Aktivitäten im Inland	10
Regionale und globale Kosten.....	12
3. Friedensdividende.....	13
4. Die Vorteile gewaltfreier Kampagnen	15
5. Fazit.....	16
Quellen.....	18

Zum Autor

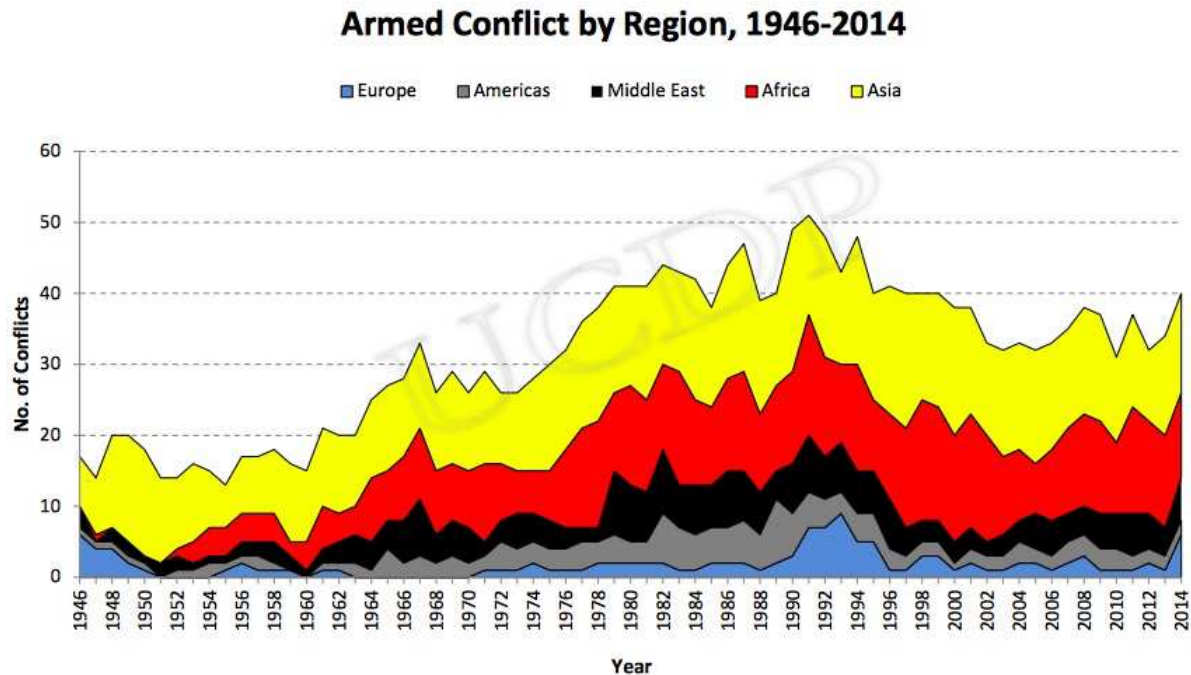
Mario Dentice ist derzeit Student im Master-Studiengang Komplexes Entscheiden an der Universität Bremen. Im Herbst 2016 wird er voraussichtlich sein Studium beenden. Aufgrund seines Interesses an friedens- und konfliktpolitischen Themen und der Arbeit von Nichtregierungsorganisationen hat er ein zweimonatiges Praktikum beim Bund für Soziale Verteidigung e.V. absolviert. Im Rahmen dieses Praktikums ist die vorliegende Arbeit entstanden.

Vorwort des Herausgebers

Dieses Hintergrund- und Diskussionspapier betrachtet die Frage von Gewalt, Krieg und Gewaltlosigkeit aus einer Perspektive, die wir in den sozialen Bewegungen gewöhnlich eher meiden, weil sie alle ethischen Erwägungen ausklammert: Nämlich aus der Perspektive der Ökonomie. Der Autor, der dieses Papier in der Zeit seines Praktikums beim BSV geschrieben hat, fragt nach den Kosten von Gewalt. Mario Dentice zeigt, dass die Befunde und Argumente rein ökonomischer Untersuchungen dazu benutzt werden können, Gewalt zu kritisieren. Auch aus einer reinen Kosten-Nutzen-Analyse heraus rechnen sich Krieg und Gewalt nicht – das ist kein Argument von PazifistInnen, sondern von jenen, denen es um Gewinnmaximierung und Profit geht. Dies sind Aspekte, die in Debatten mit Nicht-PazifistInnen, sei es an der Hochschule oder anderenorts, sehr wertvoll sein können, denn nur zu gerne werden Friedensbewegte ja in die idealistisch-träumerische Ecke gestellt, als Gutmenschen bezeichnet, die keinen Sinn für die Realitäten hätten. Dies kann man den AutorInnen, die Mario Dentice heranzieht, kaum vorwerfen, und sie werden so selbst zu ZeugInnen für die Position der Kriegsablehnung.

1. Einleitung

Schon vor etwa 200 Jahren bezeichnete Clausewitz Krieg als „eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“. Zweifellos ist diese Perspektive nicht obsolet geworden. Allein die schiere Anzahl gewaltsamer Konflikte verdeutlicht, welche Rolle Gewalt bei der Austragung von Konflikten noch immer spielt.



Quelle: Nach Pettersson, Therése & Wallensteen, Peter (2015): Armed Conflicts, 1946-2014. Journal of Peace Research 52(4). Online verfügbar unter: http://www.pcr.uu.se/digitalAssets/66/66314_1armed-conflict-by-region-1946-2014.pdf.

Doch Gewalt erzeugt immer auch menschliches Leid (ebenso wie ökologische Schäden). Dieses zu bemessen scheint nicht möglich. Das Bundesverfassungsgericht verdeutlichte dies (zumindest für Unbeteiligte) in seinem Urteil vom 15. Februar 2006 über das Luftsicherheitsgesetz. Das Abschießen eines Flugzeuges, in dem sich tatunbeteiligte Menschen befinden, sei mit dem Recht auf Leben [Art. 2 Abs. 2 Satz 1 Grundgesetz (GG)] in Verbindung mit der Menschenwürde (Art. 1 Abs. 1 GG) nicht vereinbar (1 BvR 357/05¹). Militärische Interventionen selbst zu vermeintlich humanitären Zwecken ethisch zu rechtfertigen, stellt sich deshalb als sehr zweifelhaft heraus. Die Vereinten Nationen tun dies mithilfe der Schutzverantwortung, die an die Just-War-Tradition anknüpft und diese um einige Aspekte ergänzt (ICISS 2001). Den meisten Theorien ist gemein, dass sie nicht ohne eine Form von Abwägung, beziehungsweise Gewichtung, auskommen (Lee 2010), die notwendig subjektiv sein muss. Wie kann Leid gewichtet werden? Doch selbst wenn eine Gewichtung der Art zugelassen wird, dass eine Verhinderung größeren Leids ein gewaltsames Eingreifen legitimierte, ist es letztlich nicht möglich, die humanitären Folgen gewaltsamer Eingriffe abzuschätzen, wodurch eine Gewichtung wiederum de facto unmöglich wird und höchstens eine sehr riskante, unpräzise Schätzung sein kann.

Dennoch entscheiden sich auch vermeintlich friedliche Nationen immer wieder zu militärischen Einsätzen, wenngleich oft mit der behaupteten Absicht der Wiederherstellung von Frieden oder dem Schutz der Menschenrechte. Läge der Entscheidung über den Einsatz von Gewalt ein Kosten-Nutzen-Kalkül zugrunde, wie in der ökonomischen Kriegstheorie angenommen, dann könnten keine Argumente mehr für gewaltsame Konflikte gefunden werden, sofern überzeugend dargelegt würde, dass der Nutzen selbst eines gewonnenen Konfliktes immer niedriger ist als der Nutzen eines bewahrten Friedens. Die Vorstellung, dass Kriege wegen wirtschaftlicher Vorteile geführt werden, ist weit verbreitet,

¹ Bundesverfassungsgerichtsurteil des Ersten Senats vom 15. Februar 2006 - 1 BvR 357/05.

doch aus Sicht des ökonomischen Liberalismus und Neoliberalismus ist Krieg nur ein unnötiger Kostenfaktor (Brzoska 2011). Und selbst wenn ökonomische Aspekte nicht die einzigen oder nicht einmal die entscheidenden Motivationen für eine gewaltsame Auseinandersetzung sind, so bleiben sie doch aufgrund ihrer folgenschweren Konsequenzen immer zu berücksichtigende Punkte. Kämen EntscheiderInnen durch ökonomische Überlegungen häufiger zu dem Schluss, dass sich Gewalt nicht lohne, könnte vermutlich viel Leid verhindert werden. Das muss nicht bedeuten, dass Zustände struktureller Gewalt und politischer Unterdrückung hingenommen werden müssten, sondern dass die Mittel zur Erreichung bestimmter Ziele gewaltfrei sein müssten.² Gewaltfreie Aktionen sind insgesamt wahrscheinlich sogar erfolgreicher als solche, die auf Gewalt als Mittel zurückgreifen (s. Braithwaite et al. 2014).

Um eine Entscheidung zu treffen, Konflikte mit oder ohne Gewalt zu lösen, können ökonomische Argumente relevant sein. Doch um diese berücksichtigen zu können, ist es hilfreich, in etwa zu wissen, welche Kosten Gewalt erzeugen kann. Im vorliegenden Hintergrund- und Diskussionspapier soll bezugnehmend auf wissenschaftliche Erkenntnisse argumentiert werden, dass volkswirtschaftlich vieles gegen militärische Aktivitäten und hohe Investitionen in sicherheits- und verteidigungspolitische Bereiche spricht. Die Summen, die durch effizientere Ausgabenpolitik hohe Kapitalreserven freilegen würden, könnten wiederum gewinnbringend in Bereiche wie Forschung und Bildung, Entwicklungszusammenarbeit und Soziales investiert werden, was weitere Gewalt unwahrscheinlicher werden ließe.

Im Folgenden werden die Kosten der Gewalt aufgeschlüsselt, um eine bessere Einsicht in ihre Auswirkungen und ein Verständnis für das Ausmaß der zerstörerischen Effekte von Gewalt zu erhalten. Da in der Wissenschaft viele Erkenntnisse zu Kosten von Krieg vorliegen, werden sich die Angaben auch hauptsächlich auf solche Faktoren beziehen. Dabei werden Opportunitätskosten genauso wie die Zerstörung von Kapital berücksichtigt. Anschließend wird erörtert, welche Folgen die in einem Land stattfindende Gewalt auch in der Region und sogar global haben kann. Die verschiedenen Konzepte und die entsprechenden Kosten werden durch Beispiele aus der wissenschaftlichen Literatur verdeutlicht. In einem weiteren Kapitel wird das Konzept der Friedensdividende näher erläutert. Anschließend wird der Frage nachgegangen, warum gewaltfreie Konfliktlösungsstrategien über die vorher beschriebenen Kosten der Gewalt hinaus ökonomisch sinnvoll sind. Das letzte Kapitel schließt das vorliegende Hintergrund- und Diskussionspapier mit einem zusammenfassenden Fazit.

2. Kosten der Gewalt

Um die aggregierten gegenwärtigen und zukünftigen Kosten der Gewalt insgesamt zu beziffern, fehlt es an einer Methode, auf die sich in der Wissenschaft geeinigt werden kann (IEP 2014). Dennoch gibt es verschiedene Schätzungen, von denen einige zurückhaltender ausfallen als andere. Das Institute for Economics and Peace (IEP) z.B. schätzt die Kosten der Gewalt auf 11% des Weltsozialproduktes (GWP) (IEP 2014). Brauer & Marlin (2009) haben sie für 2007 auf 9% geschätzt. In beiden Schätzungen sind viele Formen der Gewalt nicht berücksichtigt, darunter unter anderem sexuelle oder häusliche Gewalt und die durch die nachfolgende physische und psychische Behandlung wegfallenden Gehälter. Die in der IEP-Schätzung durch Gewalt bedingten Ausgaben belaufen sich auf das 75-fache der Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit (IEP 2014). Ausgaben für die innere Sicherheit machen in der IEP-Schätzung 14% der Gesamtkosten aus (IEP 2014). Dabei haben viele Staaten mit niedrigeren Ausgaben für Gewalt auch niedrigere Gewalt- und Kriminalitätsraten (IEP 2014). Die Hälfte der weltweiten Ausgaben zu Gewalt entfallen auf die Verteidigungshaushalte (IEP 2014). Liegen hierfür zuverlässige Daten vor, sind die genauen Werte vergleichsweise einfach bezifferbar, im Gegensatz zu anderen Kosten der Gewalt. Diese Militärausgaben sind eine Annäherung an die Opportunitätskosten von Konflik-

² Für eine Übersicht alternativer Konfliktbewältigungsstrategien und Fallbeispiele vgl. War Resisters' International (2014) oder alternativ Bund für Soziale Verteidigung (2015a), Bund für Soziale Verteidigung (2015b).

ten, die militärische Gewalt beinhalten (Brzoska 1995). Doch die Ausgaben beziffern nicht die gesamten Opportunitätskosten.

Opportunitätskosten der Gewalt

Für Humanressourcen ergeben sich besondere Erwägungen aufgrund von Opportunitätskosten der Wehrpflicht. Die Leute, die zwangsverpflichtet werden, könnten ihr Talent anderweitig besser nutzen. Die Opportunitätskosten wären die Güter und Dienstleistungen, die von den Wehrpflichtigen hätten produziert werden können, wären sie nicht einberufen worden (Brauer 1999). Insbesondere verkürzt sich ihr Berufsleben um die Wehrpflichtjahre, was ihnen höhere Gehälter vorenthält. Für US-Kriegsveteranen konnten in mehreren Studien deutliche Einnahmeverluste und höhere Sterblichkeitsraten nachgewiesen werden (Blattman & Miguel 2010). Insgesamt führt dies zu einem Wohlfahrtsverlust für eine Gesellschaft. Ein Faktor der Wechselwirkung zwischen Armut und Gewalt wird im Konzept der Opportunitätskosten ebenfalls deutlich. Je ärmer ein Land ist, desto niedriger sind die Opportunitätskosten für die Beteiligung an einem Konflikt (Blattman & Miguel 2010). Dies kann wiederum zu einer Ausweitung des Konfliktes und damit zu größerer Armut führen. Ein Teufelskreis kann entstehen. Opportunitätskosten in der Rüstungsindustrie entstehen durch die verhinderte Möglichkeit, Ressourcen in andere Bereiche zu investieren, etwa in zivile Technologien. Hinzu kommt, dass in der Produktion von spezialisierten Waffensystemen ein nicht zu vernachlässigendes Investitionsrisiko für versunkene Kosten besteht. Es werden hohe Summen in hochgradig spezifische Technologien investiert, die wenig alternative Verwendungen zulassen (Fredland & Kendry 1999). Die ex ante unvollkommenen Informationen über Kosten und Zahlungsbereitschaft führen zum sog. Hold-Up-Problem (Pirker & Resch 2011). Denn gerade in der Rüstungsindustrie besteht in der Regel eine oligopolistisch-monopsonistische³ Marktstruktur (Fredland & Kendry 1999). Das heißt, wenige Produzenten treffen auf nur einen Nachfrager, in der Regel der auftraggebende Staat. Das „Hold-Up-Problem“ besteht darin, dass Nachfrager oft nicht auf andere Anbieter ausweichen können, Anbieter werden wiederum nicht zwingend alternative Nachfrager finden, sobald sie einmal im Vertrauen auf Abnahmezusagen investiert haben. Diese Formen von Transaktionskosten addieren sich zu den Opportunitätskosten der Rüstungsindustrie hinzu.⁴

Waffenproduktion und Personalausgaben in sicherheitsrelevanten Sektoren verschlingen also Ressourcen, die anderweitig hätten eingesetzt werden können, und tragen gleichzeitig zur Verbreitung von Waffen bei, die zu mehr Gewalt führen. Dabei profitieren hauptsächlich die Staaten, die eine hohe Wirtschaftsleistung aufweisen, von der Produktion, während die von diesen Staaten exportierten Waffen großen Schaden (nicht nur) in ärmeren Ländern anrichten (ebd.).⁵ Es wurde sogar spekuliert, dass die technologische Entwicklung hin zu leichteren, einfacher zu bedienenden Waffen ein Faktor ist, um die steigende Zahl von KindersoldatInnen zu erklären (Singer 2006).

Die Ausbildung von Personal, das im Grunde genommen nicht gebraucht wird, könnte die Bildung privater Militärfirmen befördern, wie z.B. nach dem Ende des Kalten Krieges geschehen. Viele Ge-

³ Ein Oligopol ist eine Marktform, bei der viele Nachfrager wenigen Anbietern gegenüberstehen. Ein Monopson ist das Gegenteil - nur ein Nachfrager steht vielen Anbietern gegenüber.

⁴ Dabei besteht ein Großteil der Produktion in der Rüstungsindustrie derzeit darin, Waffen für die Verteidigung oder Eroberung von Land bereitzustellen (Brauer 2007). In Zeiten kollektiver Sicherheitsinstitutionen ist fraglich, ob hohe Investitionen in Militärtechnik noch notwendig sind. Gleichzeitig haben die immer stärkere Verbreitung von Kleinwaffen und leichten Waffen negative Effekte auf Sicherheit, Gesundheit, Infrastruktur sowie Rechtsinstitutionen und somit auf das Investitionsklima in einer Region. Wegen der wenigen Nachfrager ist auch die Korruption/Bestechung in fast allen Rüstungsgeschäften gegeben (vgl. Andrew Feinstein, Corruption and Arms Trade. In: War Resisters International/World without War/Women Making Peace (Eds.): Stopping the War Business. Talking Tactics and Linking Methods. International Seminar on War Profiteering, Seoul, 16-17. Oct. 2015, S. 33-36.

⁵ Z.B. ist die Mordrate durch Kleinwaffen in Mittel- und Südamerika am höchsten (vgl. dazu Small Arms Survey 2015).

heimdienstagenten und militärisches Personal, für das die Staaten keine Verwendung mehr hatten, mussten versuchen, ihre Fähigkeiten anderweitig gewinnbringend einzusetzen. Gleichzeitig wurden viele Waffen zu geringen Preisen auch an nichtstaatliche Parteien feilgeboten (Singer 2008). In Verbindung mit der Privatisierungswelle Anfang der achtziger Jahre führte dies zunehmend zur Entstehung von Firmen wie Blackwater oder Sandline International (Giesen 2013). Diese Firmen haben nicht selten zweifelhafte Rollen bei der Austragung von Konflikten gespielt.⁶

Was letztlich auch oft nicht beziffert wird, sind Ausgaben für Polizei und Strafverfolgung genauso wie für Inhaftierung. Es wird kaum angezweifelt, dass polizeiliche Behörden und Strafjustiz notwendig für das gesellschaftliche Zusammenleben sind. Genauso unrealistisch scheint aber derzeit die Abschaffung von Militär. Doch selbst wenn man gelten ließe, dass ein Mindestmaß an sicherheitsrelevanten staatlichen Institutionen bestehen bleiben müssten, kann davon ausgegangen werden, dass eine effizientere Allokation von Ressourcen in Gewalt betreffende Aktivitäten eine erhebliche Menge an Kapital freigeben würde. Würden allein die Militärausgaben um 10-20% gesenkt, könnte jährlich 1% des Weltsozialprodukts (GWP) für alternative Investitionen genutzt werden. Das wären 778 Milliarden US \$ (World Bank 2015), bzw. mehr als das Doppelte des deutschen Bundeshaushaltes für 2016 (Bundesministerium für Finanzen). Dass dafür Raum besteht, wurde weiter oben schon angedeutet. Statt repressive Maßnahmen auszubauen, könnten präventive, pädagogische Ansätze doppelten Nutzen stiften – durch das Ausbleiben der Straftaten und der damit verbundenen Kosten negativer Externalitäten (Ausbleiben negativer Auswirkungen) sowie eines geringeren Bedarfs an Strafverfolgung, genauso wie durch den Mehrwert zusätzlicher Produktivität durch eine Bevölkerung, die weniger anfällig für Kriminalität ist. Bezüglich der äußeren Sicherheit kann angenommen werden, dass Krieg für viele Staaten keine realistische Bedrohung mehr ist, und dass die kollektiven Sicherheitsorganisationen hohe Ausgaben sogar noch redundanter machen. Zudem sind Militärausgaben besonders in Nachkriegszeiten exzessiv. Durchschnittlich steigt der Verteidigungshaushalt während eines Bürgerkrieges von 2,8% auf 5% und fällt anschließend nicht wieder auf das vorherige Niveau (Collier et al. 2003). Dabei vergrößern hohe Militärausgaben das Risiko für Konflikte zusätzlich. Regionales Wettrüsten entwickelt sich so zu einer negativen regionalen Externalität (ebd.). Eine Senkung der Opportunitätskosten von Gewalt ist also durchaus möglich, die freien Ressourcen könnten gewinnbringend in andere Bereiche investiert werden, um den Gewinn noch deutlicher zu mehren. Doch neben den Opportunitätskosten, die bereits entstehen, wenn eine ineffiziente Allokation stattfindet, weil zum Beispiel Sicherheit durch weniger Investitionen in Verteidigung hätte erreicht werden können, hat Gewalt natürlich auch noch direkte Folgen. Gewalt zerstört Kapital.

Kosten durch die Zerstörung physischen Kapitals

Infrastruktur ist einer der wichtigsten Faktoren einer Wirtschaft (Canning 1998). Die Kosten durch Zerstörung von Infrastruktur stellen vermutlich den größten Schaden dar (Collier et al. 2003). In Afghanistan wurden beispielsweise etwa 80% aller Straßen während des Konflikts zerstört oder beschädigt. Nur 10% des Landes hatte 2007 noch Anschluss an eine Elektrizitätsversorgung (Weinbaum 2007). Ohne eine funktionierende Infrastruktur können die ökonomisch vielversprechenden, natürlichen Ressourcen genauso wenig wie das hydroelektrische Potential ausgeschöpft werden (ebd.). In Mozambique wurden durch den Bürgerkrieg (1976-92) etwa 40% des unbeweglichen Kapitals im Landwirtschafts-, Kommunikations- und administrativen Sektor zerstört (Collier et al. 2003).

Doch nicht nur der Einsatz von Explosionswaffen hat Auswirkungen auf physisches Kapital. Genauso führen Diebstahl und Raub zu Kapitalminderungen, deren Auswirkungen kaum untersucht werden (Blattman & Miguel 2010) und die jede Schätzung zu ökonomischen Folgen von Gewalt ungenauer

⁶ Es kam bereits vor, dass PMCs sich in Schürfrechten bezahlen ließen, was schwerwiegende sozioökonomische Folgen für Länder haben kann, deren Entwicklung von natürlichen Ressourcen abhängt (Giesen 2013; Kümmel 2004).

machen. Menschen, die aus ihrer Heimat fliehen, verlieren Kapital in Form der Gegenstände, die sie zurücklassen oder unter Druck feilbieten, um die Flucht zu finanzieren. In Ruanda ist beispielsweise der Rinderbestand 1994 als Folge des Konfliktes auf die Hälfte gesunken (Verpoorten 2009). Fraglich ist dabei, welcher Anteil am Bestand zerstört wurde und welcher Anteil tatsächlich anders – aber wahrscheinlich ineffizient, weil unter Druck – kapitalisiert werden konnte.

Kosten durch die Zerstörung von Humankapital

Die asymmetrische Zerstörung von physischem und Humankapital könnte die wirtschaftliche Erholung nach einem Konflikt beschleunigen, da das Übergewicht eines Faktors den marginalen Ertrag des anderen Faktors verstärkt. Barro & Sala-i-Martin (2003) verdeutlichen diesen Effekt durch die Produktionsfunktion $Y = Ak(Lh)^{1-}$, wobei A für das physische Kapital und L für die Arbeitskraft steht. Demzufolge könnte angenommen werden, dass die ökonomischen Auswirkungen von Gewalt geringer ausfallen, wenn Menschen nicht in hohem Maße von der Gewalt betroffen sind und wenn sich die Gewalt auf die Zerstörung physischen Kapitals beschränkt. Denn die Zerstörung von Humankapital hat nachhaltigere Folgen als die Zerstörung von physischem Kapital, da sich physisches Kapital vergleichsweise schnell wieder herstellen lässt (Blattman & Miguel 2010). Während zwischenstaatliche Kriege in der Vergangenheit oft an lokal begrenzten Schauplätzen zwischen Kombattanten stattfanden, geraten in Bürgerkriegen zunehmend am Konflikt Unbeteiligte in die Schusslinien der Kämpfenden. Am Anfang des 20. Jahrhunderts waren etwa 90% aller Kriegesopfer Soldaten, in den 1990ern hat sich das Verhältnis umgekehrt und von allen Opfern sind 90% ZivilistInnen (Cairns 1997). Hier von Kollateralschäden zu sprechen ist nicht einmal mehr ein Euphemismus. Die Auswirkungen auf die Ökonomie sind entsprechend hoch.

Doch Konflikte und Gewalt führen nicht nur zu Tod oder Verletzungen, sondern haben auch weniger sichtbare Auswirkungen wie Unterernährung oder Krankheit sowie psychische Traumata, deren Folgen schwer zu messen sind. Sie wirken auch durch technologische Beeinträchtigungen oder durch die Reduzierung öffentlicher Gesundheitsausgaben zu Gunsten der Militärausgaben (Collier et al. 2003). Dabei weisen Ghobarah, Huth & Russett (2003) mithilfe von Daten der Weltgesundheitsorganisation zu 23 Krankheiten nach, dass Bürgerkriege die Wahrscheinlichkeit für Todesfälle und Behinderungen durch Infektionskrankheiten deutlich erhöhen. Gleichzeitig zeigen sie, dass Infektionskrankheiten der häufigste Grund für indirekte Todesfälle aufgrund von Bürgerkriegen sind. HIV-Raten sind laut Schätzungen unter militärischem Personal um das zwei- bis fünffache höher als unter der Zivilbevölkerung (Collier et al. 2003). Prostitution und freizügigerer Umgang könnten eine Erklärung sein. Aber auch eine hohe Zahl an Vergewaltigungen ist als Begründung nicht auszuschließen. So zwingen Soldaten regulärer oder irregulärer Truppen Frauen zu Sex z.B. als Gegenleistung für Schutz (ebd.).

Auch die Ernährung wird durch Krieg beeinträchtigt. In der Demokratischen Republik Kongo sind vermutlich Millionen Menschen durch Hunger und Krankheit als Folge des Bürgerkrieges gestorben (Coghlan et al. 2007). Für Zimbabwe konnten Alderman, Hodinott & Kinsey (2006) herausfinden, dass Kinder, die aufgrund des Krieges an Fehlernährung litten, signifikant kleiner sind, was sich wiederum auf ihre Produktivität auswirken kann. Für Burundi konnten ähnliche Kriegsauswirkungen auf die Körpergröße festgestellt werden (Bundervoet, Verwimp & Akresh 2009). In der Elfenbeinküste hat der Konflikt dazu beigetragen, dass Kinder aus Regionen, die stärker von den Auseinandersetzungen betroffen waren, deutlicher in ihrer Gesundheit beeinträchtigt waren als Kinder aus anderen Gebieten (Minoiu & Shemyakina 2014). In einer Regressionsanalyse stellt Shemyakina (2011) fest, dass ein anhaltender Nachteil in der schulischen Ausbildung von Mädchen im Schulalter während des Krieges in Tadschikistan besteht, die in vom Krieg stärker betroffenen Gegenden lebten. Dies gilt sogar im Vergleich zu älteren Jahrgängen (ebd.).

Alle negativen Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung hemmen wiederum die Wirtschaftsleistung. So führte die reduzierte Lebenserwartung z.B. in Kolumbien zu einer Reduzierung des BIPs um 9,7% (Soares 2005). Es stellt sich daher nicht die Frage, ob Humankapital durch Gewalt zerstört wird, sondern auf welche Art und in welchem Umfang und letzten Endes, wie genau die Gewaltfolgen die

wirtschaftliche Entwicklung eines Staates beeinflussen. Dies bleibt genauer zu untersuchen und bietet einen weiten Raum für zusätzliche Forschung.

Kosten durch die Zerstörung staatlicher Institutionen

Als dritte Form ökonomisch relevanten Kapitals können staatliche Institutionen betrachtet werden. Verliert ein Staat die Kontrolle über Teile seines Territoriums, können Kriminalität und Terrorismus gedeihen. Waffenhandel und illegaler Ressourcenhandel können nicht unterbunden werden. Mehr Menschen beteiligen sich an Kriminalität, denn die Opportunitätskosten der Kriminalität sinken aufgrund der niedrigeren Wahrscheinlichkeit, Sanktionen fürchten zu müssen und aufgrund der mangelnden Alternativen, ein Einkommen zu generieren (Collier et al. 2003). 95% der gesamten Produktion harter Drogen finden in Bürgerkriegsländern statt. Auch die Handelsrouten verlaufen durch konfliktgeschädigte Staaten (ebd.). Gleichzeitig können ohne politische Stabilität wichtige Reformen zur Drogenbekämpfung nicht umgesetzt werden (Weinbaum 2007). Die finanziellen Mittel, die in Afghanistan zum Beispiel durch die Opiumproduktion generiert werden, können eingesetzt werden, um korrupte Regierungsbeamte zu bestechen. Außerdem dienen sie nicht nur Kriminellen, sondern auch gewaltbereiten Antiregime-Gruppen wie den Taliban, die beispielsweise gegen Bezahlung Handelsrouten bewachen (ebd.). Zugleich können terroristische Organisationen wie Al-Quaida oder IS ihre groß angelegte Operationen besonders gut in Gebieten durchführen, die jeglicher staatlicher Kontrolle entbehren. So profitieren terroristische Gruppen mehrfach vom Verlust staatlicher Kontrolle, und politische Stabilität als wünschenswertes Ziel rückt weiter in die Ferne, ein Teufelskreis. (Die Spillover-Effekte der Produktion von illegalen Betäubungsmitteln und Terrorismus werden in einem späteren Kapitel besprochen.) Tun sich Staaten über einen längeren Zeitraum schwer damit, eine gewisse Stabilität (wieder-) herzustellen, kann dies auch zu einem Rückgang von Hilfeleistungen aus dem Ausland führen. Unterstützende Staaten könnten den Eindruck bekommen, dass die Hilfe keinen Erfolg haben wird (Weinbaum 2007). Die dann unterlassene Hilfe kann verheerende ökonomische Folgen haben, was womöglich zu noch mehr Gewalt führt.

Gleichzeitig bleiben bei Instabilität eher Reformen aus, die wirtschaftliche Entwicklung fördern könnten. Auf einer von der Weltbank verwendeten 5-Punkte-Skala, die polit-ökonomische Richtlinien misst, verorten Collier et al. (2003) Staaten in der ersten Nachkriegsdekade auf einen Wert von 2,29 im Vergleich zu 2,56 in den fünf Jahren vor dem Konflikt, wobei ein höherer Wert für bessere Umstände steht.

Nicht minder wirkt sich Gewalt schließlich allein durch die Angst, die sie auslösen kann, negativ auf wirtschaftliche Faktoren aus. Jegliche politische oder ökonomische Unsicherheit führt zu niedriger erwarteten Renditen, vergrößert Risiken und verkleinert Anlagehorizonte, was Kapital kostspieliger macht (Blattman & Miguel 2010).

Folgen für wirtschaftliche Aktivitäten im Inland

Die Unsicherheit in Zeiten von sich ausbreitender Gewalt erzeugt Instabilität auf den Märkten. Verträge durchzusetzen erzeugt zunehmend Kosten, und Eigentumsrechte können immer schwerer geltend gemacht werden (Collier 1999). Vershobene ökonomische Gleichgewichte verteuern die Wirtschaftsaktivitäten zusätzlich, da sich zu Gleichgewichtspreisen zum Beispiel die Kosten von Korruption addieren (Collier et al. 2003). Politisch instabile Lagen und erhöhte Gewalt beeinflussen schließlich auch das Investitions- und Sparverhalten.

Bewegliches Kapital wird bei unsicheren Umständen eher ins Ausland gebracht, was verständlich ist, da dort höhere Erträge bei geringerem Risiko erzielt werden können (Collier, Hoeffler & Pattillo 2004). Länder, in denen Bürgerkriege beginnen, halten vor einem Konflikt typischerweise 9% ihres privaten Vermögens im Ausland. Bis zum Ende des Konfliktes ist diese Zahl auf 20% gestiegen (Collier et al. 2003). Bis zum Ende der ersten Postkonflikt-Dekade kann die Kapitalflucht sogar auf bis zu 26,1% ansteigen, was Collier et al. (2003) als Kriegsüberhang-Effekt bezeichnen. Zu den Kapitalabflüssen

kommt erschwerend hinzu, dass Konfliktstaaten weniger direkte ausländische Investitionen (FDI) anziehen, wenngleich bilaterale Verträge diesen Effekt abmildern können (Mihalache-O'Keef & Vashchilko 2010). Während sich einige durch Konflikte ausgelöste ökonomische Auswirkungen wieder normalisieren können, nachdem Frieden wieder hergestellt ist, hängt der Kapitalabfluss durch Portfolio-Substitution stark von den privaten Entscheidungen der einzelnen Akteure ab (Collier 1999). Jede Form von Kapital kann in Geld gewandelt werden, das z.B. für eine Flucht benötigt wird. So verringerte sich der Rinderbestand in Mozambique in den 1980er Jahren um 80% (Brück 1996). In Ruanda hat sich 1994, dem Jahr des Genozids, der Rinderbestand halbiert und 2002 war der Bestand noch immer erst bei nur 74% des Vorkriegsniveaus (Verpoorten 2009). Durch illegalen Handel kann jedes durch Kapitalisierung erzeugte Geld schließlich den Wirtschaftskreislauf der betreffenden Volkswirtschaft verlassen (Collier 1999). Auch Fähigkeiten können einer Volkswirtschaft verloren gehen, so sind es nicht selten die gut Gebildeten eines Landes, die sich eine Flucht leisten und im Zielland einfacher Fuß fassen können, was eine Rückkehr unwahrscheinlicher werden lässt.

Bei exzessiver Gewalt im Falle eines Bürgerkrieges werden selbst nach dem Konflikt keine Investitionsraten erreicht, die denen in ähnlichen Staaten entsprechen, in denen kein Konflikt stattgefunden hat. Zwar sinken gleichzeitig die Militärausgaben im Verhältnis zu dem gesamten staatlichen Budget, was Ressourcen für andere Bereiche freisetzen könnte (Chen, Loayza & Reynal-Querol 2007). Aber sie fallen wie erwähnt nicht auf Vorkriegsniveau (Collier et al. 2003), was den für die Wirtschaft erholsamen Effekt so wieder einschränkt.

Neben Kapitalflusseffekten entstehen Kosten für Firmen und Organisationen, die ihr Personal schützen wollen, was einen Standort, an dem viel Gewalt herrscht, weniger attraktiv erscheinen lässt. Die Firmenausgaben für Sicherheit sind in Ländern mit niedrigen Einkommen gestiegen (Brauer 2007). Zudem hat sich wie erwähnt eine ganze Industrie privater Militärfirmen gebildet, die Sicherheitsdienstleistungen anbietet (Leander 2005). Entwicklungszusammenarbeit kann in vielen Fällen nur eingeschränkt umgesetzt werden. Neben den Kosten durch die zusätzlichen Sicherheitsmaßnahmen bleibt außerdem oft auch essentielle Hilfe aus. In Afghanistan waren selbst UN-MitarbeiterInnen gezwungen, bestimmte Regionen zu verlassen, die Hilfe dringend benötigten, da die Gefahr für die HelferInnen zu groß war (Weinbaum 2007). Dabei haben de Ree & Nillesen (2006) zum Beispiel für Afrika festgestellt, dass eine 10%ige Erhöhung der Entwicklungshilfe das Risiko für Bürgerkriege um 6% verringert (vgl. auch Collier & Hoeffler 2002). Auch unter diesem Gesichtspunkt verstärkt sich Gewalt also selbst.

Aber selbst in Regionen, die nicht durch längerfristige Gewalt gefährdet sind, wirkt sich Angst ökonomisch aus. So empfahl das Auswärtige Amt zum Beispiel TouristInnen in Istanbul nach dem Terroranschlag am 12. Januar 2016, Menschenansammlungen zu meiden. Für Länder, die stark von der Tourismusbranche abhängen, kann bereits ein terroristischer Anschlag erhebliche ökonomische Folgen haben und diese Länder ggf. sogar in eine Rezession führen (Beispiel Ägypten).

Es soll nicht unterschlagen werden, dass neuerdings WissenschaftlerInnen beobachten, dass ausländische Direktinvestitionen (Foreign Direct Investment, im Folgenden FDI) in Ländern zunehmen können, in denen ein interner bewaffneter Konflikt herrscht (Mihalache-O'Keef & Vashchilko 2010; Driffield, Jones & Crotty 2013), was den vorherigen Erkenntnissen und anderen Befunden zu widersprechen scheint (Collier 1999; Globerman & Shapiro 2003; Jakobsen & de Soysa's 2006; Li 2006; Busse & Hefeker 2007; Suliman & Mollick 2009). Unterschiede in der Art der Investitionen könnten hier eine Rolle spielen. Firmen, die mit Ressourcen handeln, sind von geographischen Gegebenheiten abhängig und haben nicht immer die Möglichkeit, auszuweichen (Mihalache-O'Keef & Vashchilko 2010; Driffield, Jones & Crotty 2013). Ob die Gewalt dann nicht sogar erst durch den Anreiz entsteht, an die Ressourcen zu kommen, oder diese für Wenige günstig auszubeuten, kann in der vorliegenden Arbeit nicht geklärt werden, ist aber nicht auszuschließen (man denke an Blutdiamanten in Sierra Leone, vgl. Gobel 2014, oder Coltan in der DR Kongo, vgl. HCSS (2013).

Maher (2015) stellt für Kolumbien fest, dass FDI in Regionen zugenommen haben, in denen Paramilitärs und staatliche Sicherheitskräfte ZivilistInnen und linke Guerillas bekämpft haben. Warum Firmen in Konfliktzonen investieren, ist kaum untersucht (Driffield, Jones & Crotty 2013). Maher (2015) begründet das für Kolumbien dadurch, dass Widerstände aus der Zivilbevölkerung gegen eine Erkundung und

Ausbeutung neuer Ölfelder durch Gewalt leichter zu beseitigen waren (vgl. auch Escobar 2004) und insbesondere Angriffe linker Rebellen durch militärische Präsenz erfolgreich abgewehrt werden konnten, wodurch Ölinvestoren gut geschützt waren. Gewichtige Argumente, wenn bedacht wird, dass sich Länder, die sich wirtschaftlich entwickeln, „auf FDI als eine Hauptquelle für Kapital verlassen, und diese einen entscheidenden Beitrag zur ökonomischen und politischen Entwicklung leisten“ (Mihalache-O'Keef & Vashchilko 2010).

Doch die Argumentation für Gewalt als fördernde Ursache für ausländische Direktinvestitionen überzeugt nicht recht. Es wird nicht bedacht, dass die FDI in Kolumbien bereits negativ durch Gewalt beeinflusst waren, respektive durch die Angriffe linker Terrororganisationen wie der FARC (Stratfor 2002; GAO 2005). Die Gewalt, die dann zu einer Erhöhung der FDI geführt hat, wirkte, indem sie Sicherheit bot, war also nur Gegengewalt. Hätte die kolumbianische Regierung ein politisches Umfeld geschaffen, das linke Gruppen mit einschließt und die Bevölkerung angemessen an den Gewinnen der Ölindustrie beteiligt, so hätte dies die Unterstützung von Terrorgruppen erodiert, wodurch die Infrastruktur der Ölindustrie mit weniger Gewalt hätte geschützt werden können. Die Regierung hätte auf die Einbindung paramilitärischer Gruppen verzichten können, die durch ihre Menschenrechtsverletzungen wiederum hohe ökonomische und humanitäre Kosten verursacht haben (Human Rights Watch 2001; Livingstone 2003; Murillo 2004; Stokes 2005; Hylton 2006; Brittain 2010). Unter diesen Umständen Zwangsumsiedlung als effiziente und kostengünstige Methode für die Nutzbarmachung von bewohntem Land anzusehen (vgl. Ibáñez & Vélez 2008), erscheint selbst unter Ausblendung der humanitären Folgen kurzsichtig.

Regionale und globale Kosten

Die ökonomischen Folgen von Gewalt können sich auch außerhalb der betroffenen Region ausbreiten. Collier et al. (2003) beschreiben den Schaden durch Krieg in einer Metapher von drei sich wellenförmig ausbreitenden Ringen. Der innere Ring betrifft die Zivilbevölkerung im Bürgerkriegsland. Der zweite Ring bezieht sich auf die Folgen für die Anrainerstaaten und der dritte Ring stellt die globalen Folgen dar.

Murdoch und Sandler (2002) zeigen, dass Wachstum auch in Nachbarstaaten von vom Krieg betroffenen Ländern reduziert wird, was verschiedene Gründe haben kann. Zunächst einmal kann ausartende Gewalt in einem Land die ganze Region unsicher erscheinen lassen. Der Reputationsverlust beeinflusst geplante Investitionen (Collier et al. 2003). Als direkte Folge des Konfliktes erhöhen viele Nachbarstaaten ihre Militärausgaben (ebd.). Die Militärausgaben eines Nachbarstaates stellen den höchsten Einfluss auf die eigenen Ausgaben dar (Collier & Hoeffler 2002). Dadurch steigen die Opportunitätskosten der Gewalt. Doch selbst wenn Staaten ihre Ausgaben als Reaktion auf die Ausgabenerhöhung der Nachbarstaaten nicht änderten, wirkt nichtsdestotrotz jeder zusätzliche Prozentpunkt des BIP, den ein Nachbarstaat in Verteidigung investiert, um 0,1% negativ auf die eigene Wirtschaftsleistung. Befindet sich ein Nachbarstaat im Krieg, sinkt das eigene Wachstum sogar um 0,5% (Collier et al. 2003). Handel wird unterbrochen, Märkte erodieren, besonders betroffen sind Binnenstaaten, deren Handelsrouten durch Konfliktstaaten verlaufen. Die internationalen Transportkosten des küsten- und daher hafenfreien Malawis beispielsweise verdoppelten sich aufgrund des Krieges in Mozambique (Collier et al. 2003).

Gleichzeitig fliehen viele Menschen und (über-)leben dabei unter sehr schlechten Umständen, was sie anfälliger für Krankheiten macht, die sich wiederum in Nachbarstaaten ausbreiten. Diese müssen sich um die vielen Hilfesuchenden kümmern, denn die Menschen haben oft nicht die Möglichkeit, sehr weit zu fliehen (Collier et al. 2003). Auch Konflikte können unter Umständen in andere Staaten getragen werden, wenn Menschen aus verfeindeten Gruppen im Zielland aneinander geraten. Die Bearbeitung dieser Konflikte muss gewährleistet werden, um keinen Gewaltausbruch zu riskieren. Ob Traumata dazu beitragen, kann nicht ausgeschlossen werden, jedenfalls kann ein Leben in einem Flüchtlingscamp zu einem dauerhaften Trauma werden (McDonald 2002), und Traumata können sogar an Kinder „vererbt“ werden (Collier et al. 2003). Die Behandlung dieser psychischen Belastungen löst im Zielland

Kosten aus. Ein nicht behandeltes Trauma kann schließlich die Produktivität einer Person beeinträchtigen, die dadurch nicht in der Lage sein könnte zu arbeiten, selbst bei Bereitstellung von Arbeitsplätzen. Gerade arme Länder können eine gute Betreuung der Menschen nicht gewährleisten und riskieren, dadurch Probleme noch zu verstärken. In illegalem Waffenhandel werden Waffen, z.B. aus Regierungsbeständen, über den Schwarzmarkt gehandelt. Da Kontrollmechanismen bei Gewaltausbrüchen und in Bürgerkriegen außer Kraft gesetzt sein können, können Waffen in andere Konfliktherde gelangen und dort zu mehr Gewalt führen. Drogenhandel ist ein weiterer negativer Faktor, der sich aus Gewalt resultierender Instabilität auf andere Länder ausweitet (Blattman & Miguel 2010). Länder, durch die Handelsrouten verlaufen und die Länder, in denen die Drogen ihre EndabnehmerInnen finden, müssen Geld in die Bekämpfung des Drogenhandels und anderer mit Drogen zusammenhängender Kriminalität investieren (Polizei, Strafvollzug, Gerichte und Staatsanwaltschaften, Aufklärung). Gleichzeitig muss in die direkten und indirekten adversen Effekte des Drogenkonsums investiert werden, z.B. vermehrte medizinische Ausgaben, Verlust von Produktivität, Unfälle, die durch Drogenkonsum herbeigerufen wurden und Resozialisierungsprogramme (Reuter 2001). Innerhalb der Drogenszene kann Kriminalität noch zu besonderen Formen der Gewaltanwendung führen, die mit Gebietskämpfen und Rivalität zu tun haben. Gewalt wird dann zur organisatorischen Managementstrategie (Casavant & Collin 2001). Das ist besonders in Zentralamerika der Fall, vgl. Beith 2011). Die Auseinandersetzungen in Mexiko haben ein Ausmaß erreicht, dass sie in den Konfliktstatistiken als Krieg geführt werden (vergl. Conflict Barometer 2015).

Letztlich haben verschiedene Formen von Gewalt auch andere Auswirkungen globalen Ausmaßes. Der Irakkrieg z.B. hat zu einem Anstieg des Ölpreises geführt, was sich auf die globale Wirtschaftslage negativ ausgewirkt hat (Salameh 2009). Indirekt kann auch die Instabilität, die Gewalt in Ländern auslösen kann, einen Boden schaffen, auf dem sich Terroristen nicht weniger gut wie Kriminelle organisieren können. Terrorismus ist ein sehr intransparentes Feld, genauso wie illegaler Handel, sei es Drogen-, Menschen- oder Waffenhandel. Beim Terrorismus kommt erschwerend hinzu, dass Terrorismusbekämpfung zu großen Teilen von Geheimdiensten ausgeübt wird. Einen Einblick in die staatlichen Ausgaben aufgrund von Terrorismus für Polizei und Geheimdienste zu bekommen, ist nicht leicht. Laut einer Schätzung der Weltbank hat aber allein der Terroranschlag in den USA vom 11. September 2001 10 Millionen Menschen in die Armut geführt (Collier et al. 2003).

In diesem Kapitel wurde dargelegt, wie lang eine Kausalkette werden kann, an deren Anfang die Gewalt gesetzt wird. Die Folgen erreichen jeden Staat der Erde und erzeugen überall zusätzliche Kosten. Letzten Endes wird deutlich, welche Kosten Gewalt oder gewalttätige Konflikte auslösen können. So zeigt Collier (1999), dass das BIP pro Kopf während eines Bürgerkrieges um 2.2% fällt im Vergleich zu einer Entwicklung ohne Bürgerkrieg. Selbst die Angst vor Gewalt kann die Wirtschaft hemmen (Brauer & Marlin 2009). Opportunitätskosten entstehen durch die Allokation von Ressourcen in Konflikt-Aktivitäten, gleichzeitig wird Kapital zerstört und Wirtschaftsaktivitäten, die unter dem Risiko der Gewalt unökonomisch werden, bleiben aus (Anderton & Carter 2007). Ferner zeigen Braithwaite et al. (2014), dass solche riskanten Märkte kein Kapital aus dem Ausland mehr anziehen. Schon 1910 behauptete der englische Ökonom Norman Angell, dass Eroberungen wirtschaftlich weniger Sinn machten als die Etablierung von Handelsbeziehungen, was ihm 1933 den Friedensnobelpreis einbrachte (Brzoska 2011). Besonders schlimm ist es, wenn die ökonomischen Kosten wiederum zu Gewalt führen und beispielsweise die Wahrscheinlichkeit für Bürgerkriege erhöhen. Leider deutet einiges darauf hin. Abschließend kann wohl behauptet werden, dass immer Fälle gefunden werden können, in denen Gewalt zu institutionellen Verbesserungen geführt hat, aber in der Regel hindert Gewalt Entwicklung, führt zu vergeudeteten Ausgaben, von denen nur wenige und zu oft die Falschen profitieren. Und vor allem erzeugt sie unnötiges und unermessliches Leid.

3. Friedensdividende

Dass Gewalt und Zerstörung Kosten verursachen, scheint intuitiv nachvollziehbar. Gleichzeitig generiert Frieden aber zusätzlichen Nutzen. Dieser ist nicht minder schwierig festzustellen als die indirekten

Kosten der Gewalt, doch die Idee einer Friedensdividende wird zunehmend anerkannt (IEP 2014), wenngleich zu berücksichtigen ist, dass Gewalt, zum Beispiel im militärischen Keynesianismus, auch als wirtschaftsfördernd gesehen werden kann. Dabei werden Militärausgaben als Konjunkturpakete gewertet (Brzoska 2011). Tatsächlich erlebten beispielsweise die USA nach dem ersten und zweiten Weltkrieg sowie nach dem Koreakrieg einen wirtschaftlichen Aufschwung, gleichzeitig jedoch einen Abschwung nach dem Vietnam- und dem Golfkrieg von 1991 (Poast 2006).

Trotz divergierender Ansichten kann behauptet werden, dass Frieden förderlicher für die Wirtschaft ist als Gewalt. Er stiftet direkten Nutzen durch Ausbleiben von Kapitalzerstörung, geringere Kosten der Gewaltprävention und Risikovermeidung, aber auch durch geringere medizinische Kosten, keine verlorenen Gehälter, Versicherungsprämien oder private Sicherheitsausgaben (IEP 2014). Indirekt ermöglicht Frieden die effizientere Allokation von Ressourcen und verhindert Verlust durch die Verschiebung, die Nichtnutzung oder die Hemmung von Arbeit und Kapital (IEP 2014; Brauer & Marlin 2009). Dies kann außerdem zur Rückkehr endogener Produktionsfaktoren nach einem Konflikt führen (Collier 1999). Wichtig ist, dass die freiwerdenden Ressourcen sinnvoll genutzt werden.

Ein Gedankenspiel zur Konkretisierung kann die vorigen Argumente verdeutlichen. Eine Bäuerin würde vermutlich eher darüber nachdenken, beispielsweise in eine Bewässerungsanlage für ihr Feld zu investieren und damit eine höhere Kapitalrendite zu generieren, wenn sie erwarten könnte, dass ihr Kapital nicht durch irgendeine Form von Gewalt zerstört würde. Frieden fördert Einkommen steigernde Investitionen, Gewalt hingegen verhindert diese oder führt zu Fehlflüssen von Ressourcen in Verteidigung (Brauer & Marlin 2009). So liegt der Verteidigungshaushalt der USA z.B. derzeit bei 500 Milliarden US \$, der mit Abstand größte Posten im Haushaltsplan (Office of Management and Budget 2015).

Ob eine Friedensdividende sich entfalten kann, hängt von mehreren Faktoren ab. Zunächst einmal muss natürlich die Bereitschaft bestehen, Frieden zu schließen. Wenn ein Krieg mit hoher Wahrscheinlichkeit zur Auslöschung des Feindes führt, werden Friedensvereinbarungen durch unvollständige Verträge und Verbindlichkeitsprobleme erschwert (Blattman & Miguel 2010). Kann nach einem Bürgerkrieg Frieden wiederhergestellt werden, dann hängt eine sich entfaltende Friedensdividende auch von der Länge des Bürgerkrieges ab. Collier (1999) stellt fest, dass die erhöhte Gefahr erneuter Konflikte bei Gesellschaften, die keine langen Friedenszeiten erleben, Investitionen, die schnell in Bargeld gewandelt werden können, attraktiver macht und dadurch den Ertragswert endogener Faktoren relativ zur Vorkriegssituation dämpft. Auslandskapital in ärmeren Regionen ist genau durch dieses Merkmal charakterisiert (Collier 1999). Paradoxerweise führt zusätzlich ein eher kurzfristiger Konflikt zu einem Kriegsüberhang-Effekt, da die Kapitalabflüsse weiter steigen und die endogenen Faktoren sich in kurzer Zeit nicht auf ein neues Gleichgewicht einpendeln können, da sie durch Krieg nur graduell abnehmen (Collier 1999). Dies spricht nicht gegen die Friedensdividende, sondern zeigt lediglich, dass sie nach kurzen Konflikten mehr Zeit benötigt, um sich zu entfalten.

Selbstverständlich handelt es sich hierbei um quantitative, empirische Erkenntnisse, deren kausale Zusammenhänge sich von Fall zu Fall unterscheiden können. Deswegen hängt es letztendlich von der Art des Friedens ab, der geschlossen wird, von der Einleitung weiterer Reformen und anderen Standortfaktoren, genauso wie dem Zustand der Wirtschaft vor dem Konflikt, ob und wie genau sich die Friedensdividende entfaltet. Nichtsdestotrotz stellt die Friedensdividende ein überzeugendes theoretisches Konzept dar und liefert gute ökonomische Gründe für Maßnahmen gegen jegliche Form von Gewalt. Auch wenn Gewalt bereits verbreitet ist, gibt es Möglichkeiten, gewaltfrei gegen sie vorzugehen, was ökonomisch geboten scheint, denn die ökonomischen und sozialen Kosten zum Beispiel eines Bürgerkrieges halten auch noch Jahre nach Beendigung des Konfliktes an (Chen, Loayza & Reynal-Querol 2007). Frieden hingegen führt zur Rückkehr von Faktoren, die förderlich für die Wirtschaft sind (Collier 1999). Nachhaltiger Frieden muss durch Einstellungen, Institutionen und Strukturen erst geschaffen werden, um das Potential einer Bevölkerung voll auszuschöpfen. Dazu bedarf es in vielen Ländern einen Wandel und vieler Reformen. Doch wenn Frieden erst einmal erreicht ist, kann er immensen ökonomischen Wohlstand generieren (IEP 2014). Je länger ein Frieden dann anhält und je ausgeprägter und umfangreicher sich der Frieden gestaltet, desto eher kann die Friedensdividende ihre Wirkung entfalten.

4. Die Vorteile gewaltfreier Kampagnen

Dass Gewalt neben den ihr inhärenten negativen Auswirkungen auch erhebliche ökonomische Kosten verursacht, die wiederum Gewalt befördern können, wurde in den vorherigen Kapiteln dargelegt. Andererseits sind Konflikte unvermeidlicher Teil sozialer Strukturen. Wenn Menschen aufeinandertreffen, konfliktieren zwangsläufig auch unterschiedliche Interessen, die nicht immer leicht in Einklang zu bringen sind. Funktionierende Demokratien versuchen die Konflikte institutionell durch formale Verfahren wie Wahlen oder weniger formale Verfahren zu kanalisieren, die vom Rechtsstaat garantiert werden, wie das Recht zu streiken oder seine Meinung zu äußern.

Doch die Möglichkeit, auf bewährten institutionellen Wegen Konflikte zu lösen, ist nicht immer vorhanden. Politische Unruhen können aufkommen und marktwirtschaftliche Unsicherheit verursachen. Wachstum, Einkommen, Investitionen und Entwicklung werden gehemmt (Sachs 2006; Collier 2003; Svensson 1998; Alesina et al. 1996; Barro 1991). Außerdem erhöhen sie die Wahrscheinlichkeit für Gewaltausbrüche im Land und ebenso in Nachbarstaaten (Braithwaite et al. 2014). Es gibt jedoch Hinweise darauf, dass es einen Unterschied macht, ob sich politische Unruhen gewaltfrei gestalten oder umgekehrt auf Gewalt als Mittel zur Erreichung politischer Ziele zurückgreifen.

In Bezug auf Investitionen, die eine wichtige Größe für die Beobachtung der wirtschaftlichen Entwicklung sowie der Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft darstellen (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2015), lässt sich sagen, dass sich Angst vor Enteignung (Li 2009 bei Braithwaite et al. 2014), Korruption innerhalb der Regierung (Habib & Zurawicki 2002) und bewaffnete zwischenstaatliche Konflikte (Barbieri & Reuveny 2005) negativ auswirken. Insgesamt ziehen Märkte, die als riskant wahrgenommen werden, weniger ausländische Direktinvestitionen (FDI) an (Braithwaite et al. 2014). Das liegt unter anderem daran, dass FDI niedrigere Mobilität aufweisen als andere Investitionsformen und bei Entwicklungen, die sich negativ auf die Investitionen auswirken, Kosten entstehen können, die nicht aufgefangen werden können, da eine alternative Verwendung der Investitionsmittel durch die geringe Mobilität nicht möglich ist (Braithwaite et al. 2014). Wann genau werden Märkte jedoch als unsicher wahrgenommen? Agarwal (1980) fand durch Umfragen heraus, dass Firmen bei der Entscheidung, im Ausland zu investieren, besonders darauf achten, ob in den Zielländern politische Unruhen herrschen. Andererseits behaupten Braithwaite et al. (2014), dass nur politische Unruhen, die mit Gewalt einhergehen, Investitionen hemmen. Gewaltfreie Kampagnen hingegen seien von Zeiten, in denen Frieden herrscht, nicht zu unterscheiden. Die Wahrnehmung von Instabilität und Risiken ist also deutlich höher, wenn Gewalt eingesetzt wird, um politische Ziele zu erreichen. In der Tat gehen Investitionen während gewalttätiger Konflikte im Vergleich zu gewaltfreien Unruhen deutlich stärker zurück (Braithwaite et al. 2014). Ob in solchen Konflikten das Risiko nur intuitiv als höher wahrgenommen wird, kann nicht geklärt werden, nichtsdestotrotz ist eine zurückhaltende Entscheidung bezüglich FDI in Regionen, in denen bewaffnete Konflikte herrschen, individuell rational, denn gewalttätige Kampagnen dauern in der Regel vier mal länger als gewaltfreie und führen eher zu weiteren Unruhen. Gewaltfreie Konfliktaustragungen hingegen führen in 60% der Fälle zur Erreichung der gesetzten Ziele (bei Gewaltanwendung sind nur 27% der Kampagnen erfolgreich) und sind weniger durch erneuten Ausbruch von Konflikten gefährdet (Braithwaite et al. 2014). Gewaltanwendung steigert also das Risiko einer politischen Kampagne, zu scheitern und führt zu einem Rückgang von Investitionen. Das kann unter anderem durch die unterschiedliche Unterstützung in der Zivilbevölkerung und auch innerhalb der Eliten erklärt werden, die für gewaltfreie Konfliktstrategien höher ausfällt, was wiederum zu höheren Raten der Abtrünnigkeit unter Regierungsbeamten führt (Chenoweth & Stephan 2011). Gewaltfreie Kampagnen finden größere Unterstützung in der Bevölkerung und sind erfolgreicher. Erfolgreiche Kampagnen wiederum führen in der Regel zu mehr Demokratisierung, erneute Unruhe werden unwahrscheinlich und sind, wenn sie doch auftreten, weniger gewalttätig als nach erfolglosen Kampagnen (Braithwaite et al. 2014).

Die durch gewaltfreie Kampagnen eher erreichte Stabilität und Demokratisierung führen wiederum zu höheren FDI-Flüssen, denn diese korrelieren nach Busse & Hefeker (2007) positiv mit Stabilität. Dies erklärt sich eventuell dadurch, dass demokratische Institutionen Erwartungssicherheit vergrößern. Zu den ausschlaggebenden Institutionen zählen Eigentumsrechte (Markusen 2001), zuverlässige Rechts-

systeme (Asiedu 2006) und transparente Regulierungen (Jensen 2008). Die Stabilität und die Demokratisierung, die gewaltfreie Kampagnen eher erreichen als Gewaltanwendung, fördern Investitionen, die wiederum wichtig für Wachstum und Entwicklung sind. Ein gutes Beispiel dafür ist Sambia, welches durch gewaltfreie Kampagnen erfolgreich demokratische Reformen durchsetzen konnte. FDI sind innerhalb von einem Jahr um 6% angestiegen, das Wachstum hat auch anschließend noch weiter zugenommen, während das Land sich immer stärker demokratisierte (Braithwaite et al. 2014).

Insgesamt wird also deutlich, dass politische Unruhen sich nur negativ auf direkte Investitionen aus dem Ausland auswirken, wenn es zu Gewalt kommt. Der Markt reagiert nur, wenn politische Kampagnen in Gewalt ausarten. Gewaltfreie Kampagnen führen häufiger zu Erfolg, zu Demokratisierung und damit zu Reformen, die wiederum eine gute Umwelt für Investitionen schaffen. Gewaltanwendung erzeugt Instabilität und führt in den meisten Fällen zum Scheitern eines möglichen Reformprozesses. Dadurch wirken sich die schädlichen Konsequenzen noch auf die Zeit nach den Unruhen aus, da stets die Gefahr erneuter Konflikte droht, die auch eher wieder gewalttätig sein werden.

5. Fazit

Gewalt kostet. Sie kostet Menschen das Leben, zerstört die Umwelt, erzeugt großes Leid. Doch sie kostet auch Geld. Geld, das anders eingesetzt wiederum viel Gewalt verhindern könnte. Ökonomische Effizienz ist kein Selbstzweck, sondern vielmehr ein Mittel, um die knappen Ressourcen nach bestimmten, in einer Gesellschaft intersubjektiv festgelegten Werten bestmöglich zu verteilen. Verschwendung durch erhöhte Sicherheitsausgaben genauso wie Zerstörung von Ressourcen durch Gewalt können dagegen schwerwiegende Folgen haben und ein ganzes Land in Armut versetzen. Wenige empirische Erkenntnisse sind so robust wie die Korrelation zwischen niedrigen Pro-Kopf-Einkommen und einer höheren Tendenz zu inneren Kriegen, auch wenn über Ursache und Wirkung bei diesen Faktoren gestritten werden kann (Blattman & Miguel 2010).

Auch das Argument, Krieg fördere technologischen Fortschritt und damit Wohlstand (Blattman & Miguel 2010), ist nur ein Paradox, wenn es oberflächlich betrachtet wird. Tatsächlich fördert Krieg nur technologischen Fortschritt, wenn sich Staaten ohne Krieg nicht genötigt sehen, in Forschung zu investieren. Wären die Gelder, die in Militärforschung stecken, in andere Forschungsbereiche investiert worden, hätten sie vielleicht sogar größeren Wohlstand generiert. Aber auch ohne Krieg hätte in Kriegstechnologien investiert werden können. Nicht der Krieg, bzw. die Kriegsvorbereitung, ist der Grund für Fortschritt. Wenn überhaupt ist die nicht vorhandene Bereitschaft, in Forschung zu investieren, der Grund dafür, dass ohne Krieg vielleicht weniger Fortschritt erreicht worden wäre. Dies sollte zur Diskussion stehen.

Gleichzeitig haben verschiedene AutorInnen behauptet, dass Kriege die Entwicklung funktionsfähiger Regierungen in Europa gefördert haben (Acemoglu & Robinson 2006; Ferguson 2002; Tilly 1992, 1975). Doch auch hier gilt es, die Ergebnisse vorsichtig zu interpretieren. Andere geschichtliche Umstände und Institutionen haben damals gewirkt. Heutzutage gibt es eine nicht unbeträchtliche Anzahl funktionierender Demokratien, die als Beispiele für Best Practice dienen können. Institutionen wie das humanitäre Völkerrecht und Organisationen wie die Vereinten Nationen können helfen, friedliche Reformprozesse zu befördern. Gleichzeitig hat sich die Kriegsführung nicht nur durch technologische Entwicklungen verändert. Ob das Argument, zwischenstaatliche Kriege könnten langfristig zur Entstehung stabiler Staaten führen, in heutigen Zusammenhängen gilt, bleibt fraglich.

Gewalt kann Staaten im schlimmsten Fall in eine Armutsfalle (Sachs 2005) oder Konfliktfalle (Collier et al. 2003) führen. Aus diesen Teufelskreisen kommen Bevölkerungen nur sehr schwer wieder heraus. Oft verharren Nationen jahrelang gefangen in immer wieder neu entfacht Gewalt. Forschung, die vermeintlich zeigt, dass sich Volkswirtschaften nach Konflikten schnell wieder erholen (z.B. Cerra & Saxena 2008), weisen oft Probleme mit einem Vorurteil hinsichtlich der Variablen und der Fallselektion aus.

Die vorliegende Arbeit hat für Beispiele hauptsächlich auf ökonomische Folgen bewaffneter Konflikte zurückgegriffen. Dies zeigt lediglich, wie zurückhaltend Schätzungen zu Kosten der Gewalt tatsächlich sind. Es ist kaum bezifferbar, welche Kosten entstehen, weil Menschen mit Befähigung aufgrund ihrer Ethnie oder ihres Geschlechtes bestimmte Arbeitsverhältnisse nicht aufnehmen können. Genauso wenig werden verlorene Arbeitsjahre betrachtet, die sich aufgrund von Flucht ergeben. Die Zusammenhänge von Gewalt und Kosten sind komplex und vielfältig. Bewaffnete Konflikte machen einen deutlich sichtbaren und vielleicht auch den größten Teil der Kosten aus. Die Wirtschaftslage in von Konflikten gebeutelten Ländern im Vergleich zu anderen Staaten mag dies andeuten. Nichtsdestotrotz gehen die Kosten vermutlich über jede Schätzung, die in der wissenschaftlichen Literatur gefunden werden kann, hinaus. Allein diese ökonomischen Gründe sollten jeden Menschen dazu anregen, über gewaltfreie Methoden der Konfliktaustragung nachzudenken.

Quellen

- Acemoglu, Daron & James A. Robinson (2006): *Economic Origins of Dictatorship and Democracy*. Cambridge/New York: Cambridge University Press.
- Agarwal, Jamuna P. (1980): Determinants of Foreign Direct Investment: A Survey, *Review of World Economics* 16(4), S. 739-773.
- Alderman, Harold, John Hoddinott & Bill Kinsey (2006): Long Term Consequences of Early Childhood Malnutrition, *Oxford Economic Papers* 58(3), S. 450-474.
- Alesina, Alberto, Sule Özler, Nouriel Roubini & Phillip Swagel (1996): Political Instability and Economic Growth, *Journal of Economic Growth* 1(2), S. 189-211.
- Anderton Charles H. & John R. Carter (2007): A Survey of Peace Economics. In: Sandler, Todd & Keith Hartley (Hrsg.): *Handbook of Defense Economics: Defense in a Globalized World Vol. 2*. Burlington: Elsevier, S. 1211-1258.
- Asiedu, Elizabeth (2006): Foreign Direct Investment in Africa: The Role of Natural Resources, Market size, Government Policy, Institutions and Political Instability, *The World Economy* 29(1), S. 63-77.
- Auswärtiges Amt: Reise- und Sicherheitshinweise. Online zugegriffen unter: http://www.auswaertiges-amt.de/sid_E622895EE05BCD76B670EB5AD54D903A/DE/Laenderinformationen/00-SiHi/Nodes/TuerkeiSicherheit_node.html, zuletzt zugegriffen am: 11.02.2016.
- Barbieri, Katherine & Rafael Reuveny (2005): Economic Globalization and Civil War, *Journal of Politics* 67(4), S. 1228-1247.
- Barro, Robert J. (1991): Economic Growth in a Cross Section of Countries, *Quarterly Journal of Economics* 106(2), S. 407-443.
- Barro, Robert J. & Xavier Sala-i-Martin (2003): *Economic Growth*. Cambridge/London: MIT Press.
- Beith, Malcolm (2011): *El Chapo: Die Jagd auf Mexikos mächtigsten Drogenbaron*, München: Heyne.
- Blattman, Christopher & Edward Miguel (2010): Civil War, *Journal of Economic Literature* 48(1), S. 3-57.
- Braithwaite, Alex, Jeffrey Kucik & Jessica Maves (2014): The Costs of Domestic Political Unrest, *International Studies Quarterly* 58, S. 489-500.
- Brauer, Jürgen (1999): An Economic Perspective on Mercenaries, Military Companies, and the Privatisation of Force, *Cambridge Review of International Affairs Volume* 13(1), S. 130-146.
- Brauer, Jürgen (2007): Arms Industries, Arms Trade, and Developing Countries. In: Sandler, Todd & Keith Hartley (Hrsg.): *Handbook of Defense Economics: Defense in a Globalized World Vol. 2*. Burlington: Elsevier, S. 973-1015.
- Brauer, Jürgen & John T. Marlin (2009): Nonkilling Economics: Calculating the Size of a Peace Gross World Product. In: Pim, Joám E. (Hrsg.): *Toward a Nonkilling Paradigm*. Honolulu: Center for Global Nonkilling, S. 125-148.
- Brittain, James J. (2010): *Revolutionary and Social Change in Colombia: The Origin and Direction of the FARC-EP*. London: Pluto Press.
- Brück, Tilman (1996): *Macroeconomic Effects of the War in Mozambique*, Working Paper Number 11, Oxford: QEH Working Paper Series QEHWPS11.
- Brzoska, Michael (1995): World Military Expenditures. In: Hartley, Keith & Todd Sandler (Hg.): *Handbook of Defense Economics*, Vol. 1. Amsterdam [u. a.]: Elsevier, S. 45-67.
- Brzoska, Michael, Kees Kingma & Herbert Wulf (1995): *Demilitarization and Conversion: Conversion of Military Structures: A Challenge for the International Scientific Community and an Opportunity for Global Security and Social Development*, Working Paper 1, World Social Summit Copenhagen, March 1995. Bonn International Center for Conversion.
- Brzoska, Michael (2012): *Ökonomische Kriegstheorien*. In: Beckmann, Rasmus & Thomas Jäger (Hrsg.): *Handbuch Kriegstheorien*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bundervoet, Tom, Philip Verwimp & Richard Akresh (2009): Health and Civil War in Rural Burundi, *Journal of Human Resources* 44(2), S. 536-563.
- Bundesministerium der Finanzen: *Bundeshaushalt 2016*. Online zugegriffen unter: <http://www.bundeshaushalt-info.de/#/2016/soll/ausgaben/einzelplan.html>, zuletzt zugegriffen am: 11.02.2016.
- Bundesverfassungsgerichtsurteil des Ersten Senats vom 15. Februar 2006 - 1 BvR 357/05

- Bund für Soziale Verteidigung (2015a): Nonviolent Peaceforce Ziviles Peacekeeping – Fallstudien, Hintergrund- und Diskussionspapier. Minden: BSV e.V.
- Bund für Soziale Verteidigung (2015b): Ziviles Peacekeeping: Ein Blick aus Wissenschaft und Praxis, Dokumentation eines Fachgesprächs am 10. Oktober 2015 in Bonn, Hintergrund- und Diskussionspapier. Minden: BSV e.V.
- Busse, Matthias & Carsten Hefeker (2007): Political Risk, Institutions and Foreign Direct Investment, *European Journal of Political Economy* 23(2), S. 397-415.
- Cairns, Edmund (1997): *A Safer Future: Reducing the Human Cost of War*. Oxford: Oxfam Publications.
- Canning, David (1998): A Database of World Stocks of Infrastructure: 1950-1995, *The World Bank Economic Review* 12(3), S. 529-548.
- Casavant Lyne & Chantal Collin (2001): *Illegal Drug Use and Crime: A Complex Relationship*, Prepared for the U.S. Senate Special Committee on Illegal Drugs.
- Cerra, Valerie & Sweta C. Saxena (2008): Growth Dynamics: The Myth of Economic Recovery, *American Economic Review* 98(1), S. 439-57.
- Chen, Siyan, Norman V. Loayza & Marta Reynal-Querol (2007): *The Aftermath of Civil War, Post-Conflict Transitions Working Paper No. 4*, World Bank Policy Research Working Paper 4190, Washington, D.C..
- Chenoweth, Erica & Maria J. Stephan (2011): *Why Civil Resistance Works: The Strategic Logic of Nonviolent Conflict*. New York: Columbia University Press.
- Coghlan, Benjamin, Pascal Ngoy, Flavien Mulumba, Colleen Hardy, Valerie Nkamgang Bemo, Tony Stewart, Jennifer Lewis & Richard Brennan (2007): *Mortality in the Democratic Republic of Congo: An Ongoing Crisis*, International Rescue Committee.
- Collier, Paul (1999): On the Economic Consequences of Civil War, *Oxford Economic Papers* 51, S. 168-183.
- Collier, Paul & Anke Hoeffler (2002): *Military Expenditure: Threats, Aid, and Arms Races*, Policy Research Working Paper No. 2927 World Bank, Washington, D.C.
- Collier, Paul, V. Lani Elliott, Håvard Hegre, Anke Hoeffler, Marta Reynal-Querol & Nicholas Sambanis (2003): *Breaking the Conflict Trap: Civil War and Development Policy*. Washington, D.C.: The World Bank & Oxford University Press.
- Collier, Paul, Anke Hoeffler & Catherine Pattillo (2004): Africa's Exodus: Capital Flight and the Brain Drain as Portfolio Decisions, *Journal of African Economies* 13(Supplement 2), S. 15-54.
- Conflict Barometer 2015, Hrsg. HIIK 2015, www.hiik.de
- De Ree, Joppe & Eleonora Nillesen (2006): *Aiding Violence or Peace? The Impact of Foreign Aid on the Risk of Civil Conflict in Sub-Saharan Africa*, Utrecht School of Economics Discussion Paper 06-09.
- Driffield, Nigel, Chris Jones & Jo Crotty (2013): International Business Research and Risky Investments: An Analysis of FDI in Conflict Zones, *International Business Review* 22, S. 140-155.
- Escobar, Arturo (2004): Beyond the Third World: Imperial Globality, Global Coloniality and Anti-Globalisation Social Movements, *Third World Quarterly* 25(1), S. 207-230.
- Ferguson, Niall (2002): *The Cash Nexus: Economics and Politics from the Age of Warfare through the Age of Welfare, 1700–2000*. New York: Basic Books.
- Fredland, Eric & Adrian Kendry (1999): The Privatisation of Military Force: Economic Virtues, Vices and Government Responsibility, *Cambridge Review of International Affairs* Volume 13(1), S. 147-164.
- US Government Accountability Office (GAO) (2005): *Security Assistance: Efforts to Secure Colombia's Caño Limón-Coveñas Oil Pipeline Have Reduced Attacks, but Challenges Remain*. Washington, D.C.: General Accounting Office.
- Ghobarah, Hazem, Paul Huth & Bruce Russett (2003): Civil Wars Kill and Maim People Long After the Shooting Stops, *American Political Science Review* 97(2), S. 189-202.
- Giesen, Stefan (2013): *Private Military Companies im Völkerrecht*. Baden-Baden: Nomos.
- Globerman, Steven & Daniel Shapiro (2003): Governance Infrastructure and US Foreign Direct Investment, *Journal of International Business Studies* 34(1), S. 19-39.
- Goebel, Alexander (2014): *Diamants are not forever: Sierra Leone, die Blutdiamanten und die Folgen*. In: Bomkapre Kamara, Sarah, Ina Krauß & ders. (Hrsg.): "Endlich nach vorne leben!": Sierra Leone nach Blutdiamanten und Bürgerkrieg, Norderstedt: BoD, S. 33-35.

- Habib, Mohsin & Leon Zurawicki (2002): Corruption and Foreign Direct Investment, *Journal of International Business Studies* 33(2), S. 291-307.
- The Hague Centre for Strategic Studies (HCSS)(2013): *Coltan, Congo & Conflict, Polinares Case Study*, Den Hague: HCSS, Rapport Nr. 21, May 2013.
- Human Rights Watch (2001): *The "Sixth Division": Military-Paramilitary Ties and US Policy in Colombia*. New York: Human Rights Watch.
- Hylton, Forrest (2006): *Evil Hour in Colombia*. London: Verso.
- Ibáñez, Ana María & Carlos Eduardo Vélez (2008): Civil Conflict and Forced Migration: The Micro Determinants and Welfare Losses of Displacement in Colombia, *World Development* 36(4), S. 659-676.
- ICISS (2001): *The Responsibility to Protect*. Report of the International Commission on Intervention and State Sovereignty. Ottawa: International Development Research Centre.
- Institute for Economics and Peace (IEP) (2014): *The Economic Cost of Violence Containment: A Comprehensive Assessment of the Global Cost of Violence*, Sydney: IEP.
- Jakobsen, Jo & Indra de Soysa (2006): Do Foreign Investors Punish Democracy? Theory and Empirics, 1984–2001, *Kyklos* 59(3), S. 383-410.
- Jensen, Nathan (2008): Political Risk, Democratic Institutions, and Foreign Direct Investment, *The Journal of Politics* 70(4), S. 1040-1052.
- Kümmel, Gerhard (2004): *Die Privatisierung von Sicherheit: Fluch oder Segen? Postheroische Gesellschaft, überlasteter Staat und private Sicherheits- und Militärunternehmen*, SOWI-Arbeitspapier, Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr Nr. 137.
- Leander, Anna (2005): The Market for Force and Public Security: The Destabilizing Consequences of Private Military Companies, *Journal of Peace Research* 42, S. 605-622.
- Lee, Steven P. (2010): Humanitarian Intervention. Eight Theories, *Diametros* 7(23), S. 22-43.
- Li, Quan (2006): Political Violence and Foreign Direct Investment. In: Fratianni, Michele & Alan M. Rugman (Hrsg.): *Research in Global Strategic Management Vol. 12: Regional Economic Integration*. Amsterdam: Elsevier, S. 225-249.
- Li, Quan (2009): Democracy, Autocracy, and Expropriation of Foreign Direct Investment, *Comparative Political Studies* 42(8), S. 1098-1127.
- Livingstone, Grace (2003): *Inside Colombia: Drugs, Democracy and War*. New Brunswick: Rutgers University Press.
- Maher, David (2015): The Fatal Attraction of Civil War Economies: Foreign Direct Investment and Political Violence, A Case Study of Colombia, *International Studies Review* 17, S. 217-248.
- Markusen, James R. (2001): Contracts, Intellectual Property Rights, and Multinational Investment in Developing Countries, *Journal of International Economics* 53(1), S. 189-204.
- McDonald, Laura (2002): *The International Operational Response to the Psychological Wounds of War: Understanding and Improving Psychosocial Interventions*, Working Paper No. 7. Feinstein International Famine Center, Tufts University.
- Mihalache-O'Keef, Andreea & Tatiana Vashchilko (2010): Foreign Direct Investors in Conflict Zones. In: Berdal, Mats & Achim Wennman (Hrsg.): *Ending Wars, Consolidating Peace: Economic Perspectives (Adelphi Series 50)*. London: Routledge/IISS, S. 137-156.
- Minoiu, Camelia & Olga N. Shemyakina (2014): Armed Conflict, Household Victimization, and Child Health in Côte d'Ivoire, *Journal of Development Economics* 118, S. 237-255.
- Murdoch, James C. & Todd Sandler (2002): Civil Wars and Economic Growth: A Regional Comparison, *Defense and Peace Economics* 13(6), S. 451-64.
- Murillo, Mario A. (2004): *Colombia and the United States: War, Unrest and Destabilization*. New York: Seven Stories Press.
- Office of Management and Budget (2015): *Budget of the U.S. Government: Fiscal Year 2017*.
- Pettersson, Therése & Peter Wallensteen (2015): Armed Conflicts, 1946-2014, *Journal of Peace Research* 52(4), S. 536-550.

- Pirker, Reinhard & Andreas Resch (2011): Anmerkungen zur Theorie der Firma und Transaktionskostenökonomik im Sinne von Ronald H. Coase und Oliver E. Williamson. In: Mikl-Horke, Gertraude, Reinhard Pirker & Andreas Resch (Hrsg.): *Theorie der Firma: interdisziplinär*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 11-28.
- Poast, Paul (2006): *The Economics of War*. New York: McGraw Hill.
- Reuter, Peter (2001): The Need for Dynamic Models of Drug Markets, *Bulletin of Narcotics* 53(1-2), S. 1-10.
- Sachs, Jeffrey D. (2006): *The End of Poverty: Economic Possibilities for Our Time*. New York/Toronto: Penguin Press.
- Salameh, Mamdouh G. (2009): The Oil "Price Rise" Factor in the Iraq War: A Macroeconomic Assessment, *International Politics* 2(3).
- Senteen, Pieter & Marijke Verpoorten (2015): The Impact of Armed Conflict on Economic Performance: Evidence from Rwanda, *Journal of Conflict Resolution* 59(4), S. 555-592.
- Shemyakina, Olga (2011): The Labor Market, Education, and Armed Conflict in Tajikistan, *Policy Research Working Papers*, World Bank Group.
- Singer, Peter W. (2006): *Children at War*. Berkeley/Los Angeles: University of California Press.
- Singer, Peter W. (2008): *Corporate Warriors: The Rise of the Privatized Military Industry*. Ithaca/London: Cornell University Press.
- Soares, Rodrigo R. (2006): The Welfare Cost of Violence across Countries, *Journal of Health Economics* 25(5), S. 821-846.
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2015. Online zugegriffen unter: http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/ProdGew/Indikatoren/BW-BH_investitionsintensitaet.asp, zuletzt zugegriffen am: 28.12.2015.
- Stokes, Doug (2005): *America's Other War: Terrorizing Colombia*. New York: Zed Books.
- Stratfor (2002): Oil Trumps Drug Eradication in U.S. Priorities for Colombia. Verfügbar unter <http://www.stratfor.com>.
- Suliman, Adil H. & André V. Mollick (2009): Human Capital Development, War and Foreign Direct Investment in Sub-Saharan Africa, *Oxford Development Studies* 37(1), S. 47-61.
- Svensson, Jakob (1998): Investment, Property Rights and Political Instability: Theory and Evidence, *European Economic Review* 42(7), S. 1317-41.
- Tilly, Charles (1975): *The Formation of National States in Western Europe*. Princeton/ Oxford: Princeton University Press.
- Tilly, Charles (1992): *Coercion, Capital, and European States, AD 990–1992*. Malden/ Oxford: Blackwell.
- Verpoorten, Marijke (2009): Cattle Sales in War and Peacetime: A Study of Household Coping in Rwanda, 1991-2001, *Journal of Development Economics* 88, S. 67-86.
- War Resisters International (2014): *Handbook for Nonviolent Campaigns, Second Edition*.
- Weinbaum, Marvin G. (2007): Afghanistan: Rebuilding and Transforming a Devastated Economy. In: Binder, Leonard (Hrsg.): *Rebuilding Devastated Economies in the Middle East*. Basingstoke: Palgrave Macmillan, S. 201-223.
- World Bank (2015): *World Development Indicators Database*. Zugriff unter: <http://databank.worldbank.org/data/download/GDP.pdf>, zuletzt zugegriffen am: 29.12.2015.